

Klaus von Beyme

Die Russland-Kontroverse

Eine Analyse des ideologischen Konflikts
zwischen Russland-Verstehern und
Russland-Kritikern



Springer VS

Die Russland-Kontroverse

Klaus von Beyme

Die Russland-Kontroverse

Eine Analyse des ideologischen Konflikts zwischen Russland-Verstehern und Russland-Kritikern

 Springer VS

Klaus von Beyme
Heidelberg, Deutschland

ISBN 978-3-658-12030-6
DOI 10.1007/978-3-658-12031-3

ISBN 978-3-658-12031-3 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Speicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Jan Treibel, Stefanie Loyal

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
(www.springer.com)

Inhalt

Einleitung | 7

1 Russischer Imperialismus und russische Niederlagen. Psychologische Grundlagen für russische Machtpolitik | 17

a) Wellen der Slawophilie in Russland bis in die Ära Putin | 17

b) Psychologische Grundlagen der Rolle Russlands in der Welt | 33

2 Putins Lage zwischen Pragmatismus und Ideologie | 39

3 Parallelaktionen »in Augenhöhe« – Machtpolitik der USA, der EU und Russlands | 49

4 »Sonderbeziehungen« im »Nahen Ausland« der Territorien der ehemaligen Sowjetunion | 59

5 Der Verlust des sowjetischen Imperiums und russische Einkreisungsängste | 73

6 Der Ukraine-Konflikt | 81

a) Sonderbeziehungen zwischen Russland
und der Ukraine? | 81

b) Die Orange Revolution | 86

c) Konflikte um die Krim und um das
ostukrainische Gebiet »Donbass« | 93

Fazit | 107

Literatur | 119

Einleitung

In der Einschätzung Russlands hat sich die öffentliche Meinung im Westen stark polarisiert zwischen Russland-Verstehern und Russland-Kritikern. Erstere betonen die Fehler des Westens, vor allem die Ausdehnung von NATO und EU. Die zweite Gruppe personalisiert den Konflikt auf Putins Machtstreben und erkennt dabei, dass Putin in den Jahren 2011/12 gegen die innerrussische Protestwelle anlässlich seiner erneuten Kandidatur als Präsident seine Position härter werden ließ (v. Steinsdorff 2015: 3). Eine differenzierte Analyse wird die Einwirkung historischer Konzeptionen und den politischen Wandel in der Ära Putin berücksichtigen müssen, der keineswegs nur auf die Ukraine-Krise zurückgeht.

Am ideologischen Konflikt zwischen Russland und dem Westen wird ausgerechnet von Historiker(innen) eine »überstarke Präsenz der Geschichte« kritisiert, um politisches und militärisches Handeln zu legitimieren. Historische Beziehungen werden willkürlich eingesetzt und lassen auf einen Mangel an demokratischer Legitimation schließen (Hausmann/Penter 2014: 46). Mit Recht werden vor allem hinsichtlich der Ukraine mangelnde historische Detailkenntnisse vermisst. Es wäre jedoch falsch, dieses Manko auf die Enttäuschungen mit

der postsowjetischen Landschaft in Osteuropa zu identifizieren. Gerade im West-Ost-Dialog gibt es eine historische Tradition, die politische Positionen mit geistesgeschichtlichen Affinitäten verbindet (Kap. 1a). Diese ist übrigens keineswegs auf das deutsch-russische Verhältnis beschränkt, wie einige Osteuropahistoriker zu unterstellen scheinen. In der Beziehung zur Frankreich oder Großbritannien war diese Verquickung keineswegs geringer entwickelt und wurde durch die Europäisierung entschärft.

Der Konflikt zwischen Russland-Kritikern und Russland-Verstehern ist nicht neu. Im 19. Jahrhundert gehörten die Russland-Kritiker ins Lager der Freiheit und die Russland-Verstehern waren häufig konservative monarchistische Legitimisten. Die »Kreuzzeitung« (1853) zählte die Russland-Freunde zu den Verteidigern der gottgewollten Ordnung, der bewahrenden, der konservativen Kräfte, zu denen also, »die gegen den falschen Schein der Freiheit sind, gegen die dämonischen Mächte der Revolution, gegen Chaos und Anarchie, gegen die Despotie der Masse, gegen Doktrinäre, Demagogen, Franzosenfreunde, gegen entdeutschte, verwälschte und halbverjudete Philister« (zit. Geyer: 1986: 150; 2015: 12). Der junge Joseph Görres, der noch nicht konservativ geworden war, hat schon 1798 die Gefahr einer »russischen Welt-Despotie« beschworen. Das Lob des »unverbrauchten Volkes« Russland aber wurde andererseits von Theoretikern von Nietzsche bis Oswald Spengler und Max Scheler gesungen (Zitate bei: Groh 1961: 87, 305). Die Russland-Liebe war in der öffentlichen Debatte meist schwächer als der Russland-Hass. Daran hat sich in der heutigen Kontroverse wenig geändert, die schon zu einem *neuen Ost-West-Konflikt* aufgebauscht worden ist. Ausgewogenere Betrachter halten jedoch wenig vom Vergleich des »*neuartigen Moskau-Brüssel-Konflikts*« – der schon im Kosovo 1999 und in Südossetien 2008 kriegerische Formen angenommen hatte – mit dem Ost-West-Konflikt des Kalten Krieges. Selbst die härtesten Russland-Kritiker würden heute

nicht mehr unterschreiben, was der Hardliner unter den Historikern, Robert Conquest, einst von sich gab, als er empfahl, die Sowjets eher als »Marsmenschen« zu betrachten als sie an westlichen Standards zu messen (zit. Thomas 2015: 12).

In den Prognosen für den neuen Konflikt kam man dann jedoch zu alten Analogien, wenn der Westen wie einst dem Unheil in den Jahren 1953, 1956, 1961, 1968 und 1981 zähneknirschend zusah, ohne militärisch zu intervenieren. Ähnlich scheinen die beiden historischen Konflikte durch die »Kombination von Abschreckungspolitik und zugleich militärische Nichteinmischungspolitik« zu sein. (Jahn 2015: 25, 45). Dass der Westen für die Machtverschiebungen in Osteuropa einen Atomkrieg riskieren könnte, nimmt auch Putin nicht an, was einen Teil seiner Kompetenzüberschreitungen erklären hilft. Eine weitere Ausbreitung Russlands wird nach dieser Hypothese nicht die NATO verhindern, sondern Russlands Sorge, zu viele Eroberungen ökonomisch und politisch nicht verkraften zu können.

Eine breite Öffentlichkeit ist von den Debatten zweier antagonistischer Lager erfasst worden – von Dezember 2013 bis April 2014 hat man allein 30 Talkshows gezählt – die das Russland-Bild in Deutschland verändert haben und das mit dem Kalten Krieg verglichen worden ist. Im April 2014 haben über die Hälfte der Deutschen Russland die Schuld an der Zuspitzung des Ukraine-Konflikts gegeben. Aber gleichwohl haben zwischen 20 und 30 Prozent der von »Allensbach« Befragten eher den Westen und die ukrainische Regierung dafür verantwortlich gemacht. Immerhin 47 % der im März 2015 Interviewten, konnten nachvollziehen, dass sich Russland vom Westen bedroht fühlt, während über 50 % dieses verneinten. Es zeigte sich, dass die Stimmungslagen ständigem Wandel unterlagen, je nach den politischen Ereignissen und der Hochspielung dieser durch die *Medien*. Es wurden mehrfach Aufrufe zum Einsatz von westlichen militärischen Kräften aufgerufen (Bläser 2014: 53). Im April 2014 haben immerhin

schon 55 % der Deutschen Russland für bedrohlich gehalten, während 32 % der Deutschen sich für eine enge Kooperation mit den Russen stark machten. Ostdeutschland ist im Ganzen sehr viel russophiler als Westdeutschland (v. Steinsdorff 2015: 2–5). Das amerikanische »Pew Research Center« stellte 2015 hingegen eine negative Meinung über Russland bei 80 % der Polen, 73 % der Japaner und 70 % der Deutschen fest. Nur 27 % äußerten eine günstige Meinung über Russland, wie sie sonst allenfalls in China und Indien anzutreffen war. Sehr negativ ist das Russland-Bild in Jordanien, weil man dem Land die Unterstützung des syrischen Regimes übelnimmt und eine Mitschuld an der Flüchtlingskrise gibt (Mißtrauen 2015: 1).

Viele Vergleiche mit dem Ost-West-Konflikt der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hinken ganz offensichtlich. Ein russischer Analytiker des Russland-Diskurses in Deutschland wie Vladislav Belov (2015: 10) beklagte die fehlende Expertise in der deutschen Debatte und vermisste das Bemühen um Objektivität. Wenn man die Angriffe gegen Krone-Schmalz (2015) oder Bröckers und Schreyer (2014) nachliest, wundert man sich nicht, dass Ähnliches dem Russland-Historiker Baberowski und vermutlich auch diesem Autor widerfährt. Ein Satz wie der Westen solle das »Dauergemäkel am russischen Präsidenten Putin bleibenlassen« kam vielfach nicht gut an. Gegen Krone-Schmalz wird von anderen Journalisten geltend gemacht, dass sie zwar richtig mit der Annahme liege, dass sie die Umwälzungen in Russland verstehe, diese aber nicht hinreichend analysiere (Veser 2015: 6). Die Debatte zwischen Russland-Kritikern und Russland-Verstehern ist häufig einseitig machtpolitisch orientiert. Psychologische Analysen werden je nach Bedürfnis eingestreut, aber kaum systematisiert und historisch aufgearbeitet.

Selbst zwei befreundete prominente Osteuropa-Historiker, wie Jörg Baberowski und Karl Schlögel (2015: 44f) konnten sich in der sinnvollen Behandlung des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland kaum einigen, außer in der Einschät-

zung, dass Putin kein Abenteurer und Missionar wie George W. Bush sei. Baberowski kritisierte mit Recht, dass wir lange nur eine Kollektiv von »Sowjetmenschen« in der russischen Einflussphäre gesehen haben, inzwischen aber nur noch von nationalen Einheiten ausgingen, selbst wenn diese – wie im Fall der Ukraine – sich erst mühsam konstituierten. Auch Schlögel (2015: 45) unterstellte, dass die Ukraine ein Land vielfältiger Identitäten sei. Es wird ferner moniert, dass zwischen Analyse und Moral in der öffentlichen Debatte nicht hinreichend unterschieden werde. Trotz seiner engagierten Position als Russland-Versteher, die mir äußerst sympathisch ist, postulierte Baberowski, dass Historiker keine Ratschläge erteilen sollten. In diesem Punkt ist ein Sozialwissenschaftler weniger gehemmt, weil er davon ausgeht, dass jede sinnvolle politische Analyse meist eine deskriptive Seite, eine vergleichende Analyse und eine normative Wertung am Schluss enthält. Wir müssen mit Baberowski betonen, dass es um die »Kunst des Machbaren« und nicht um »Gesinnungsethik« geht. Das führte bei ihm zum Schluss: »wir können uns Russland nicht zurechtlegen, wie wir es gern hätten, und die Ukraine wird weder in die EU noch in die NATO aufgenommen werden«.

Selbst diese Apodiktik führte jedoch nicht zu Vorschlägen zur Lösung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine. Ein ukrainischer Spezialist wie Andrij Portnov (2014: 5–8), der viel im Westen lehrte, bezeichnete die »Putin-Freunde« als verbunden mit einer Konsenskultur und pazifistischer Grundhaltung, die sich aus »unreflektiertem Schuldgefühl« gegenüber Russland nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet habe und sich mit Anti-Amerikanismus verbinde. Als Grundannahmen dieser Haltung wertete er einige Glaubenssätze, wie dass die Verantwortung für die Ukraine im Westen zu suchen sei, dass der Bürgerkrieg zwischen Ost und West in der Ukraine an der nationalistischen Politik der neuen Machthaber liege, und dass das Russische besonderen Schutz in der Ukraine verdiene. Deutschland müsse vor allem einen

neuen Krieg vermeiden helfen und dafür dürfe die wirtschaftliche Kooperation zwischen Deutschland und Russland nicht geopfert werden. Kritik an Russlands Ukraine-Politik wurde als neue Form der Russland-Feindlichkeit eingestuft. Eine russische Oppositionelle, wie Lilia Shevtsova (2013: 37) sah die russische Strategie unter Putin als nahezu »selbstmörderisch« an und lobte demgegenüber das Modell China in seinem pragmatischeren Autoritarismus. Mit der chinesischen Krise von 2015 wurden jedoch solche Generalisierungen problematisch. Auch deutsche Russland-Kritiker wie Schlögel (2015: 45) räumten ein, dass die EU und der Westen zu wenig Interesse an einer Gestaltung Osteuropas gezeigt hätten. Die vielfältigen Identitäten der Ukraine hätten unter behutsamem Engagement des Westens und mit materiellen Anreizen für Russland und die Ukraine weniger in die Richtung einer Abschottung von Russland gelenkt werden können. Auch Baberowski stuft Russland heute als eine Diktatur ein und hat gleichwohl Verständnis für seine historischen Belastungen. Wir müssen zugeben, dass Deutschland auch sonst mit vielen gemäßigten Diktaturen gute Beziehungen unterhält.

Das Besondere der Putin-Versteher ist eine Allianz zwischen Linken und Konservativen, eine Klassifikation, in welche die beiden Altkanzler Schröder und Schmidt, sowie Altbundespräsident Roman Herzog und die Unterzeichner eines öffentlichen »*Appells von 60 Persönlichkeiten*« aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien hineinzupassen scheinen: »Moskau nicht provozieren« und »Nichteinmischung« heißt das Motto, und wird weniger aus reiner Sympathie für Russland erklärt, als aus »Angst«, die durch Kreml-Propaganda geschürt wird. »Wir dürfen Russland nicht aus Europa hinausdrängen« wurde als Appell an die Bundesregierung, den Bundestag und die Medien gerichtet (»Wieder Krieg in Europa?« 2014: 2). Nicht wenige Osteuropa-Historiker haben den Aufruf als »Beschönigung des russischen Verhaltens in der aktuellen Krise« wahrgenommen (Schröder 2014:

26). Andere Publizisten (Siegert 2014: 28) fanden den Aufruf nicht schlecht, weil er »Entspannungspolitik fordert«, sondern »weil er sie auf Kosten der eigenen Werte, vor allem aber auf Kosten der Menschen in Russland fordert, die sich für einen demokratischen Wandel einsetzen«. Zudem werden vor allem die alten erfolgreichen Ostpolitiker unter den 60 Honoratioren dafür kritisiert, dass sie zu enge Parallelen zwischen der Entspannungspolitik im Ost-West-Konflikt bis 1990 und dem Konflikt von heute zogen. Umstritten dürfte bleiben, ob es die geforderte »realistische Ostpolitik« bedeutet, die Werte einer kleinen russischen Minderheit – auch wenn wir sie teilen – zum Maßstab der europäischen Ostpolitik zu machen. Den Russland-Verstehern wurde das Leben in letzter Zeit schwer gemacht. Selbst ein von mir sehr bewundener Russophiler in der Politik, wie der Russland-Beauftragte der Bundesregierung Gernot Erler, gab zu, dass inzwischen die Wahrnehmung der Realität so weit auseinandergeht, wie er es »selbst in Zeiten tiefster ideologischer Gegensätze nie erlebt« hatte (Veser 2015: 5b).

Gleichwohl fanden sich lange Russland-Versther und Russland-Kritiker in einem Gremium wie den »*Petersburger Gesprächen*« zusammen. Zunehmend kritisch gegen Russland gestimmte (Siegert 2014: 28 f) haben trotz einiger Bedenken den Dialog weiterhin unterstützt, weil ein Dialog besser als keiner sei, und die russischen NGO-Vertreter einen kleinen Schutz durch diese Kooperation gewönnen. Nach einigen erneuten Repressionen gegen die NGOs schrieben einige Teilnehmer einen am 10. Oktober 2014 einen Brief an die Kanzlerin und an den Vorsitzenden des Dialogs, Lothar de Maizière, in dem sie ankündigten, an der Sitzung in Sotschi nicht teilzunehmen. Gleichzeitig wollten sie aber weiterhin für eine Reform des Petersburger Dialogs in der Krise arbeiten (Briefwechsel, 2014: 10). Putins Reaktion darauf wurde als erstaunlich milde angesehen. Offenbar ist er weiterhin an Institutionen des Dialogs interessiert.

Die wichtigsten Gründe für die Störungen im Ost-West-Verhältnis erscheinen mir:

- Die Unkenntnis der russischen Traditionen in der russischen Geistesgeschichte (Kap. 1 a).
- Die *mangelnde Berücksichtigung der historischen und psychischen Grundlagen der russischen Machtpolitik* aufgrund ihres »verlorenen Sieges« von 1945 und die ungeplante Niederlage durch den Zerfall der Sowjetunion. Viele Großreiche sind in der Geschichte verfallen, aber kaum je so plötzlich wie die Sowjetunion. Schuld daran ist vor allem das ideologische System des Kommunismus, das in einigen Bereichen gewaltig modernisiert hat, in anderen durch die bürokratischen und autokratischen Strukturen archaisch blieb und keinen echten Pluralismus aufkommen ließ. Putin nannte das Ende der Sowjetunion das »größte Unglück des Jahrhunderts« und ein führender Historiker wie Alexander Tschubarjan, der in Moskau das Institut für allgemeine Geschichte leitete, pflichtete ihm bei und sah in der »neuen Sehnsucht nach alter Macht« keine Gefahr für die Weltpolitik (Bräuer 2015: 2) (Kap. 1).
- Putin wird häufig als rücksichtsloser Machtpolitiker dargestellt. Es wird wenig beachtet, wie er – der um 2000 noch als »Westler« galt – durch mangelnde Einfühlung des Westens dazu gebracht worden ist. Mit etwas Verständnis für die Traumata Russlands hätte man seine Offenheit für den Westen erhalten können. Ihm half sicher gegen den russischen Provinzialismus, dass er jahrelang in der DDR gelebt hatte (Kap. 2).
- Die *Verschiebungen im Verhältnis zwischen den USA und Russland sind zu wenig verarbeitet*. Die Europäer könnten in EU und NATO zur Entspannung dieser Verhältnisse beitragen und die geforderte »Augenhöhe« für Russland wieder herbeiführen (Kap.3).
- Die Bemühungen, die abgesprungenen Republiken der al-